

# Bahlburger machen mobil



Foto: po

po Bahlburg. Große Einigkeit im Widerstand demonstrieren jetzt die Bahlburger beim Aufstellen der Protestkreuze und Großplakate gegen die von der Bahn AG geplanten Trassenvarianten zur Y-Trasse (unser Bild). Die geplante Neubaustrecke von Ashausen über Roydorf, Luhdorf, Bahlburg, Vierhöfen und die Gellerser Dörfer nach Unterlüß bezie-

hungsweise Suderburg führt nur wenige Hundert Meter an Wohnhäusern vorbei. Die Bürger hätten nach mehreren Informationsveranstaltungen erkannt, dass sie sich wehren müssen, wenn sie nicht unwiderruflich in einigen Jahren ein Hochgeschwindigkeits-Bollwerk der Bahn vor der Haustür haben wollen, ist das Bürgerbündnis Nordheide gegen Ei-

senbahnneubautrassen überzeugt.

Die Großplakate zeigen das Ortsschild, wie es durch einen ICE zerfetzt wird. „Dabei ist der ICE nur ein Teil der drohenden Belastung. Noch schlimmer werden die Güterzüge den Menschen zusetzen, die nachts die Trasse in kurzen Abständen befahren“, sagt Jürgen Stuhmann, Vorsitzender der Inter-

sengemeinschaft Bahlburg, der auch dem Bürgerbündnis angehört. Er begrüßte die in großer Zahl erschienenen Bahlburger vor dem Dörpshus. „Wir sind überrascht, wie weit die Bahn bereits eine detaillierte Trassenplanung durch unsere Gemeinde erarbeitet hat“, sagt Friedrich Goldschmidt vom Bürgerbündnis Nordheide.

► Fortsetzung auf Seite 3

# Großplakate und Protestkreuze gegen geplante Trassenvarianten der Bahn

Bahnbürger machen mobil gegen neue Bahntrasse – Bürger kämpfen für Lebensqualität und Erhalt der Landschaft

## ► Fortsetzung von Seite 1

„Trotz aller Beschwichthungen und Nebelkerzen lassen wir uns nicht von der Erkenntnis abbringen, dass diese Hochgeschwindigkeitsstrecke zu den Favoriten der Bahn gehört“, sagt Friedrich Goldschmidt, stellvertretender Vorsitzender des Bürgerbündnisses Nordheide. Inzwischen weite sich der Protest aus und die Bürgerinitiativen im Landkreis proben den Schulterschluss, hieß es. Das Bürgerbündnis, in dem sich 15 örtliche Bürgerinitiativen an der geplanten Strecke vereint haben, sei ein sichtbarer Beweis, dass die Bürger für ihre Lebensqualität und für die Erhaltung der heimatischen Natur und Landschaft kämpfen wollen. Deswe-

gen haben sich das Bündnis und die Dachorganisation der Bürgerinitiativen (BI) im Landkreis Uelzen zu einer engen Kooperation zusammengeschlossen.

„Wir lassen uns nicht auseinanderdriften – keine BI gegen die andere und kein Bürger gegen den anderen“, sagt Goldschmidt. „Ein Nein zu den geplanten Neubaustrecken reicht allein nicht aus. Die Bürger müssen Alternativen zu den Planungen der Bahn entwickeln, damit nicht der Vorwurf der Gegenseite, die BI handeln nach dem Sankt-Florians-Prinzip, im Raum bleibt.“ Aus der Sicht von Goldschmidt sind die Bürgerbündnisse gegenüber den Vollprofs der Bahn und des Bundesverkehrsministers mit ihren

geringen finanziellen Ressourcen im Nachteil. Zwingend erforderlich sei es daher, dass den Bürgervertretungen im gleichen Umfang finanzielle Mittel aus dem Steueraufkommen zur Verfügung gestellt werden, wie es bei der Bahn und dem Bund der Fall ist. Dies sei eine Schlüsselfrage, sonst bleibe es ein Kampf David gegen Goliath.

Das Land Niedersachsen wird unter Beteiligung des Bundesverkehrsministers und der Bahn Anfang des neuen Jahres ein Dialogverfahren durchführen. Diesem Gremium werden rund 80 Vertreter der verschiedenen Beteiligten angehören. Neben dem Bund, dem Land, den Landkreisen und Kommunen kommen Vertreter

der Wirtschaft und Interessenverbände sowie die Naturschutz- und Umweltschutzverbände hinzu. Auch die Bürgerinitiativen werden beteiligt. Nach letzten Informationen mit zehn Vertretern, so Goldschmidt. Diese Runde soll dann bis Herbst nächsten Jahres eine Entscheidung fällen, welche Trassenvariante vor dem Hintergrund der betriebswirtschaftlichen Rentabilität, der wenigsten Raumwiderstände und der verkehrspolitischen Ziele die höchste Akzeptanz habe. Diese Vorzugsstrecke soll dann Ende 2015 in den Bundesverkehrswegeplan übernommen und anschließend nach dem Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren umgehend gebaut werden.

Das Bürgerbündnis begrüßt den Dialogprozess im Grundsatz, wenn er denn ein offenes und faires Verfahren sei. Viele befürchten jedoch, dass es zu keinem wirksamen Dialog komme und es bei der Wiederholung altkannter Standpunkte bleibe. „Daher müssen wir weiter wirkungsvoll und nachhaltig öffentlich gegen das Neubauprojekt protestieren. Nur so werden wir ernst genommen“, betont Goldschmidt. Er bittet die Bürger, dem Bürgerbündnis beizutreten. Die meisten anderen betroffenen Ortschaften werden bald nachziehen und die großen Plakate und Kreuze an den Einfahrten ihrer Orte aufstellen. „Dann sind wir nicht mehr zu übersehen“, so Goldschmidt.